

frei
unabhängig
überparteilich

FREIE
WÄHLER-
GEMEINSCHAFT
MALSFELD

FWG

FWG Schulstraße 27 3509 Malsfeld

DIE FWG INFORMIERT

Autobahnzubringer, Autobahnanschluß

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technik hat auf Anfrage der FWG Malsfeld mitgeteilt, daß bezüglich des Baues eines Autobahnzubringers

A7/Ostheim/Malsfeld/Melsungen in diesem Monat die abschließenden Ergebnisse vom bearbeitenden Ingenieurbüro vorgelegt werden. Daran anschließend sei beabsichtigt, diese so schnell wie möglich mit den Trägern öffentlicher Belange und den Kommunen zu diskutieren. Ziel soll es sein, eine weiterzufolgende Linienführung zu finden, die dann dem erforderlichen Raumordnungsverfahren zugrunde zu legen ist.

Für den Bau eines Autobahnzubringers Ostheim als Verbindungsstraße zwischen der A 7 und der B 83 am Industriegebiet Melsungen liegen die Analyse und Bewertung der Untersuchungsräume (Raumanalyse) im Rahmen der Umweltverträglichkeitsstudie bereits seit Oktober 1990 vor. Wie der damalige Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Technik, Herr Posch, Melsungen, der Freien Wählergemeinschaft Malsfeld auf Anfrage am 28. 11. 1990 mitteilte, ist in die vertiefende Untersuchung auch die neu hinzugekommene Variante "Verbindungsspanne zwischen der B 253 und der B 83 in Melsungen" miteinbezogen worden.

Das Ergebnis zeigt, daß für die Stadt Melsungen größere Entlastungswirkungen bei der neu hinzugekommenen Variante erreicht werden könnten. Für den übrigen Planungsraum (z.B. Elfershausen, Malsfeld) hingegen würden sich keine nennenswerten Entlastungen gegenüber den heutigen Verkehrsverhältnissen ergeben. Weiterhin hat die Raumanalyse ergeben, daß es für den geplanten Zubringer Ostheim - Melsungen keine konfliktarme Korridore, sondern nur konfliktarme Flächenbereiche gibt und somit eine erhebliche Beeinträchtigung der Naturraumpotentiale zu erwarten ist.

Wir meinen, daß die Raumanalyse den Bau eines Autobahnzubringers vom Industriegebiet PfiEFFewiesen nach Ostheim als die schlechtere Alternative ausweist.

Für uns Malsfelder Bürgerinnen und Bürger würde es bedeuten, täglich die Abgase und den Lärm von mehr als 10.000 Fahrzeugen schlucken zu müssen, unser heute noch einigermaßen intakte Lebensraum wäre schwer belastet. Kämpfen sie mit der FWG Malsfeld und Anderen dafür, daß auch die nächsten Generationen sich in unserer Gemeinde wohl fühlen können.

Brauerei und Umwelt

Mit Datum 27. Januar 1992 hatten wir folgendes Schreiben an die Geschäftsführung der Brauerei Malsfeld gerichtet:

Sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich einer Begehung der Gemarkung Malsfeld durch Mitglieder der Freien Wählergemeinschaft Malsfeld war festzustellen, daß Einwegflaschen mit Etiketten Ihres Betriebes allzuhäufig nach Entleerung durch Wegwerfen "entsorgt" wurden. Wir wissen, daß dies Ihnen nicht direkt anzulasten ist. Trotzdem bitten wir Sie im Rahmen der Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür Sorge zu tragen, daß der Verkauf von Einwegartikeln soweit als möglich unterbleibt. Dies könnte man z. B. durch eine Preisgestaltung erreichen, die den Kauf für die Konsumenten unattraktiv werden läßt.

Weiterhin bitten wir um Prüfung, ob bei dem Vertrieb der Euroflaschen nicht, wie bei vielen Brauereien bereits üblich, auf die Befügung der Aluminiumverkleidung am Flaschenhals verzichtet werden kann. Daß durch eine solche Maßnahme die Umwelt weniger belastet würde, versteht sich von selbst. Außerdem würde der Verzicht auf dieses Flaschenhalsetikett ein nicht zu unterschätzender Kostenfaktor für Ihr Unternehmen bedeuten. Vielleicht wird es Ihnen hierdurch wieder möglich, wie bis vor wenigen Jahren noch selbstverständlich, Ihren ehemaligen Mitarbeitern und heutigen Rentnern zu Weihnachten eine kleine Gratifikation in Form eines Kasten Bieres zukommen zu lassen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Anregungen wohlwollend prüfen würden.

DER VORSTAND

Bisher blieb dieses Schreiben unbeantwortet, so daß wir davon ausgehen, daß die Brauerei Malsfeld sich hierzu nicht äußern will. Wir bedauern diesen Standpunkt.

An gleicher Stelle möchten wir Ihnen jedoch einmal zeigen, was sich andere Brauereien in Sachen Umweltschutz einfallen lassen. Folgender Artikel ist in der HNA vom 24.2.1992, Stadtausgabe Kassel nachzulesen:

BRAUEREI HNA vom 24.2.1992 Gerstensaft nur noch in Mehrwegflaschen

BAUNATAL ■ Schluß mit Einweg- die Hütt-Brauerei in Baunatal-Rengershausen will zum Umweltschutz beitragen und füllt ihren Gerstensaft künftig nur noch in Pfandflaschen ab. Frank Bettenhäuser, geschäftsführender Gesellschafter des traditionsreichen Familienunternehmens, überreichte Hessens Innenminister Dr. Herbert Günther am Freitagabend die letzte bei Hütt gefüllte Einwegbuddel.

Bettenhäuser erläuterte den Gästen, darunter Baunatals Bürgermeister Heinz Grenacher und Stadtverordnetenvorsitzender Kurt Kistner, die Motive dieser Entscheidung. Der Abschied von Einwegflaschen sei zwar ein Verzicht auf Umsätze, aus Gründen des Umweltschutzes habe sich die Brauerei aber dazu entschlossen. Statistisch betrachtet trinke jeder Bundesbürger rund

150 Liter Bier im Jahr. Würde diese Menge aus Einwegflaschen oder Dosen getrunken, so wären 300 Halbliterflaschen oder Dosen erforderlich. Für dieselbe Menge seien jedoch nur fünf Halbliter-Pfandflaschen nötig, weil diese im Durchschnitt 60mal in die Brauerei zurückkehrten und dort neu befüllt würden.

Der grüne Punkt, so Bettenhäuser, sei keine optimale Lösung, weil die Produktion von Einweg-Bierdosen zehnmal mehr Energie erfordere als die Herstellung einer Pfandflasche. Minister Günther erklärte, der Umstieg auf Mehrweg zeige, daß Umweltschutz für das Unternehmen nicht nur bloßes Gerede sei. Verbraucher müßten verstärkt Pfandflaschen nutzen, weil trotz aller Bemühungen zur Wiederverwertung von Abfällen der Müllberg weiter anwachse. (kri)

Tragen wir als Verbraucher

doch dazu bei,

daß weniger umweltbewußte

Geschäftsleute aus eigenem

Schaden klug werden.

Der Umwelt zuliebe.....